

Inhaltsübersicht: 1. Teil: Privatrechtliche Geldleistungspflichten als Mittel öffentlicher Aufgabenfinanzierung: Quersubventionierung durch fördernde Vergütungsregelungen - 2. Teil: Referenzregelungen der Untersuchung: Die Stromeinspeisungsregelung gem. §§ 4 ff., 14 Erneuerbare-Energien-Gesetz - Der Preisabschlag zu Lasten von Arzneimittelherstellern gem. § 130a Sozialgesetzbuch V - Der Arbeitgeberzuschuß zum Mutterschaftsgeld gem. § 14 Abs. 1 Mutterschutzgesetz - 3. Teil: Anwendbarkeit formenspezifischer Verfassungsmaßstäbe auf abgabenähnliche Vergütungsregelungen: Staatsaufgabenlehre und private Finanzierungsverantwortung - Nicht-abgabenrechtliche Verfassungsmaßstäbe an Quersubventionen - Möglichkeit und Notwendigkeit einer Übertragung der Verfassungsmaßstäbe für Sonderabgaben - 4. Teil: Vereinbarkeit abgabenähnlicher Vergütungsregelungen mit der Finanzverfassung des Grundgesetzes: Die Grundentscheidung der Verfassung für die Steuerfinanzierung des Staates - Die grundgesetzliche Dogmatik des Kompetenzübergriﬀs - Übergriﬀ in Steuergesetzgebungskompetenzen / in Steuerertragskompetenzen und Störungen des Bund-Länder-Finanzausgleichs / in Steuerverwaltungskompetenzen / in die Budgetbewilligungskompetenz des Haushaltsgesetzgebers - 5. Teil: Vereinbarkeit abgabenähnlicher Vergütungsregelungen mit den Grundrechten: Vereinbarkeit mit dem Grundrecht der Berufsfreiheit gem. Art. 12 Abs. 1 GG / mit der Eigentumsgarantie gem. Art. 14 Abs. 1 GG / mit dem allgemeinen Gleichheitssatz gem. Art. 3 Abs. 1 GG - 6. Teil: Ergebnis: Die Anforderungen des Grundgesetzes an abgabenähnliche Vergütungsregelungen: Die Verfassungsmaßstäbe an Quersubventionen - Zusammenfassung - Literatur- und Sachwortverzeichnis